Bezugsgebühr vierteljährlich Mk. 2,50, durch die Post Mk. 2,75.
Annahme von Ankündigungen: Marienstr. 38 v. Vorm. 8–5 Uhr Nachm. Sonntags v. Vorm. 11–½1 Uhr Mitt. In Neustadt: Gr. Meißnerg. 5 nur an Wochentagen bis 5 Uhr Nachmittags. Die 1spaltige Grundzeile (ungefähr 8 Silben) 15 Pfg., Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 30 Pfg.; Doppelzeile „unterm Strich" (Eingesandt) 40 Pfg. Grundzeile für Montage oder nach Festtagen 20 Pfg. Für Familiennachrichten 2c.), bez. 30 Pfg. nach besonderem Tarif. Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung.
Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Annoncenbureaux an. Belegblätter werden mit 10 Pfg. berechnet.
Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Die Dresdner Nachrichten erscheinen täglich Morgens.

Dresdner Nachrichten

42. Jahrgang. Dresden, 1897.

Julius Beutler, Dresden, Wallstr. 15,
empfiehlt in grösster Auswahl:
Eiserne Oefen und **Herde, Haus-, Küchen-** und **Landwirthschafts-Geräthe.**

(D. R.-P.) **Thüre zu!**
Vollkommenster, selbstthätiger geräuschloser
Thürschliesser.
80,000 St. im Gebrauch.
Prospecte gratis u. franco.
Curt Heinsius,
Königl. Sächs. Hoflieferant,
Dresden-N.,
Kurfürstenstr., Ecke Tieckstr.
(Fernsprechamt II, Nr. 2100.)

Anfertigung feiner
Herren-Garderobe
Grosses Lager in- und ausländ. Stoffe.
Wallstrasse Herm. Mühlberg Scheffelstr.

R. Beyer Papier-Fabrik-Lager
Papier-Grossohandlung **Am See 16**
Grösstes Lager aller Sorten **Pappen** und **Packpapiere**, Formate und Rollen in allen Grössen. **Schreib-, Post-, Druck-** und **Umschlag-Papiere. Imitirt. — fettdicht — echt —** und **Butter-Pergament. Weisse** und **farbige Seidenpapiere.**
Gelegenheitsposten. — Billigste Preise. — Prompteste Bedienung.

Ratanhia, Zahn-Mundwasser,
das beste Antisepticum zur Erhaltung der Zähne.
1 Flasche 1 Mark. — Versandt nach auswärts.
Königl. Hofapotheke, Dresden.
Georgenthor.

Waisenhausstrasse 34. L. Weidig. Waisenhausstrasse 34.
Neuheiten elegant garnirter Damenhüte. Regelmässige, persönliche Einkäufe und Modestudien in Berlin, **Paris.**

Nr. 78. Spiegel: Bäckereiverordnung im Reichstag. Hofnachrichten, Kaiser Wilhelm-Feier, Elektrische Anlagen. Sonntagsruhe, Rudervereine, Gerichtsverhandlungen, Mendelssohn's „Elias". | Muthmaßliche Witterung: Theilweis heiter. | **Freitag, 19. März.**

Politisches.

Das Schmerzenskind der geheimräthlichen Sozialpolitik, die Bäckereiverordnung vom 4. März 1896, ist am Mittwoch im Reichstage einer abermaligen kritischen Beleuchtung unterzogen worden, nachdem bereits im April vorigen und im Januar dieses Jahres Erörterungen über den Gegenstand an derselben Stelle und im Juni 1896 im preußischen Abgeordnetenhause stattgefunden haben. Bei jeder der erwähnten drei Vorberathungen präsentirte sich die Bäckereiverordnung, die zuerst in vollem sozialpolitischem Glanze aus dem Geiste des grünen Tisches hervorgesprungen war, wie Minerva aus dem Haupte des Zeus, in weniger anmuthsvollem Gewande, bis sie bei der diesmaligen Berathung auch des letzten sozialreformatorischen Nimbus entkleidet und in ihrer wahren Gestalt als sozialdemokratische Unfugstifterin enthüllt wurde. Es handelt sich jetzt darum, dieses ungeberdige Wesen unter eine gesetzgeberische Zwangserziehung zu stellen, damit sein Charakter gebessert wird und es keinen Schaden mehr anrichten kann. Zu diesem Zwecke hatten die Abgeordneten v. Kardorff und v. Manteuffel den Antrag gestellt, den Bundesrath zu ersuchen, die Bäckereiverordnung vom 4. März 1896 abzuändern, und der Abgeordnete Freiherr v. Stumm hatte in näherer Bezeichnung der einzuschlagenden Richtung den Unterantrag hinzugefügt: „in einer den berechtigten Interessen des Bäckereigewerbes entsprechenden Weise." Das Centrum hatte dagegen einen Antrag auf motivirte Tagesordnung eingebracht, um nach der von ihm beliebten Manier einer offenen klaren Stellungnahme ausweichen zu können. Herr Dr. Hitze versicherte zwar, ohne daß ihm ein dahingehender Vorwurf gemacht worden wäre, seine Freunde hätten nicht die Absicht, eine Diskussion der Angelegenheit zu hintertreiben, stellte aber in demselben Athem einen geschäftsordnungsmäßigen Antrag, den der Präsident Herr v. Buol als einen Antrag auf einfache Tagesordnung auffassen zu müssen glaubte. Nunmehr erhob sich aber lebhafter Widerspruch von Seiten der Konservativen, Freikonservativen und Nationalliberalen und nach wenigen Augenblicken war ein flottes geschäftsordnungsmäßiges Geplänkel in Gang gekommen, wie es der Reichstag seit langer Zeit nicht erlebt hat, bei dem die bedeutsamen Fragen der einfachen Tagesordnung, der Absetzung eines Antrags von der Tagesordnung, der Wiederaufnahme eines zurückgezogenen Antrags, der Vertagung theils mit Zorn und Leidenschaft, theils mit Heiterkeit und Frohsinn gründlich geprüft und erörtert wurden. Ein Mitglied der deutsch-sozialen Reformpartei ließ sich sogar im Drange überquellender Bierbankweisheit dazu hinreißen, den jedenfalls originellen Antrag einzubringen, daß über den zur Berathung stehenden Gegenstand diskutirt werden solle, worauf ihm der Präsident unter allgemeiner Heiterkeit entgegnete, daß ein solcher Antrag nicht erst gestellt zu werden brauche.

Da das Ergebniß der Geschäftsordnungsdebatte nicht zu Gunsten Derer ausfiel, die den Kritikern der Bäckereiverordnung den Mund verstopfen wollten, so konnte die weitere sachliche Aussprache ungestört vor sich gehen. Den wesentlichsten Theil der Sitzung füllten die Erklärungen des Herrn Staatssekretärs Dr. v. Bötticher aus, die jedenfalls nichts weniger waren als eine überzeugte Vertheidigung der beanstandeten Verordnung. Der Minister hielt sich allerdings einen Ausweg offen, indem er „frei nach Schiller" das Charakterbild der Vorlage von der Parteien Haß und Gunst verwirrt sein ließ. Dabei mußte er aber doch das grundlegende Zugeständniß machen, daß infolge des Rundschreibens an die verbündeten Regierungen, das seitens des Ministers gegenüber den lebhaften Klagen im Reichstage und der scharfen Agitation der Presse" im September vorigen Jahres erging, Berichte eingelaufen seien, die zu einem guten Theil die von Anfang an laut gewordenen Befürchtungen wegen einer erheblichen wirthschaftlichen Schädigung des Bäckereigewerbes und wegen Verminderung des guten Einvernehmens zwischen Meister und Gesellen als in den thatsächlich eingetretenen Verhältnissen begründet erscheinen lassen. Die Gründe für die wirthschaftlichen Schädigungen werden, wie der Herr Staatssekretär erklärte, darin gefunden, daß der Meister ohne Verstärkung der Arbeitskräfte nicht im Stande ist, mit der festgesetzten Maximalarbeitszeit auszukommen, daß er aber häufig nicht in der Lage ist, eine Verstärkung vorzunehmen, weil der gleich gebliebene Absatz ihm die Anwendung der durch sie verursachten Kosten nicht gestattet. Es liegt auf der Hand, daß eine derartige durch die Verordnung herbeigeführte Knebelung der wirthschaftlichen Bewegungsfreiheit der Bäcker gerade die kleinen und mittleren Meister am empfindlichsten trifft. Weiter stellte der Minister auf Grund der eingegangenen Berichte fest, daß in größerem Umfange Denunziationen der Gesellen gegen die Meister vorgekommen seien. Auch zeigen die Gesellen sich vielfach lässiger als früher, obwohl natürlich die Meister unter der neuen Ordnung der Dinge gerade auf möglichste Ausnutzung der Arbeit dringen müssen, und bekunden große Neigung, unbotmäßig zu werden. Das sei zum Theil auf Versuche sozialdemokratischer Agitatoren zurückzuführen, die Bäckereiverordnung als eine Errungenschaft der sozialdemokratischen Partei hinzustellen und dadurch die Gesellen zu gewinnen. Ueber die Frage, was nun weiter geschehen solle, äußerte der Minister sich dahin, daß er eine Zusammenstellung aller eingegangenen Berichte veranlassen, diese den verbündeten Regierungen zugänglich machen und alsdann berathen werde, welche Anträge an den Bundesrath bezüglich einer etwaigen Abänderung der Verordnung gelangen würden. Obwohl der Herr Staatssekretär sodann sein Schlußurtheil in ein Non liquet zusammenfaßte, gab er doch gleichzeitig die bemerkenswerthe Erklärung ab, daß er für seine Person schon jetzt eine Aenderung für nöthig halte, und zwar in der Dauer der Arbeitszeit vor den Sonn- und Festtagen.

Die gesammten Ausführungen Herrn Dr. v. Böttichers bewegten sich auf einem Boden, der, wie der Abg. Freiherr v. Stumm mit Recht hervorheben durfte, den bedingungslosen Anhängern der Verordnung keine Stütze für ihre Bestrebungen bietet, eine sachgemäße Abänderung der geltenden Vorschriften zu hintertreiben. Konservative, Freikonservative und Nationalliberale stimmten denn auch darin überein, daß sie in den Mittheilungen des Staatssekretärs einen gewissen Fortschritt zum Besseren anerkannten. Die genannten drei Parteien erklärten sich auch geschlossen für den Eingangs erwähnten Antrag Kardorff-Stumm. Wenn trotzdem der Antrag Pichler auf motivirte Tagesordnung eine Mehrheit von über 40 Stimmen auf sich vereinigte, so beweist dieser Ausgang der Sache wieder einmal, daß das Centrum „die Macht hat", wie der Abg. Freiherr v. Stumm resignirt bemerkte.

Erwägt man die ausschlaggebende Stellung des Centrums innerhalb der augenblicklichen parlamentarischen Konstellation und die stark hervortretende Geneigtheit der Partei, sich durch Widerstand gegen jede Abänderung des bestehenden Zustands zu einer billigen Popularität zu verhelfen, so erscheint es trotz der Erklärungen des Staatssekretärs Dr. v. Bötticher noch keineswegs als ausgemacht, daß die vorzunehmenden „Verbesserungen" der Verordnung auch wirklich solche sein werden, die das berechtigte Interesse des Bäckereigewerbes voll zur Geltung bringen, selbst wenn die Regierung nach den gemachten üblen Erfahrungen den besten Willen dazu haben sollte. Angesichts dieser vorauszusehenden Zwangslage, in der sie sich jetzt befindet, hätte aber die Regierung von vornherein um so mehr Bedenken tragen müssen, den sozialpolitischen Hebel auf dem in Rede stehenden Gebiete so stark zu drücken, daß eine förmliche Revolution in den Verhältnissen des Bäckereigewerbes eintreten mußte. Die schwere Schädigung der kleinen Betriebe, der für das Denunziationswesen geschaffene Anreiz und die Zerstörung des Vertrauensverhältnisses zwischen Meistern und Gesellen sind Folgen, die ausschließlich der Sozialdemokratie zu Gute kommen. Die Sozialdemokratie selbst scheut sich auch keineswegs, ganz ungenirt die geschälte Birne zu verspeisen, die ihr von der Regierung selbst auf dem Präsentirteller gereicht worden ist. Ihre Agitatoren nutzen, wie die Berichte besagen, die Verordnung aus, indem sie sie den Gesellen als eine Errungenschaft ihrer Partei bezeichnen, und die sozialdemokratischen Abgeordneten ließen beistimmende Zwischenrufe ertönen, als Herr Dr. v. Bötticher dieser Stelle aus den Berichten Erwähnung that. Wie will die Regierung angesichts solcher Thatsachen sich gegen den Vorwurf schützen, der auch in der Reichstagssitzung am Mittwoch offen gegen sie erhoben wurde, daß sie die Sozialdemokratie zum Theil durch ihr eigenes Verhalten groß ziehe? Soweit darf die Sozialpolitik nicht gehen, daß sie den Mittelstand schädigt aus Rücksicht auf den Arbeiterschutz und dadurch der Sozialdemokratie neue Anhänger zuführt. Es gilt vielmehr, zwischen Arbeiterschutz und Fürsorge für den Mittelstand die richtige Mitte einzuhalten, das Eine zu thun und das Andere nicht zu lassen, aber nicht das Eine durch das Andere zu neutralisiren. In diesem Sinne war es eine eindrucksvolle Kundgebung der vereinigten Ordnungsparteien, die in der in Rede stehenden Reichstagssitzung ergangen ist. Keine Beseitigung oder Versumpfung der Sozialreform, sondern eine planvolle Weiterführung derselben in einem vernünftigen staatserhaltenden Rahmen und in mäßigem Tempo, nicht nur Schutz des Arbeiters, sondern in mindestens gleichem Maße auch des Mittelstands und sorgfältige Vermeidung aller utopistischen Experimente: das waren die Forderungen, die aus den Reden der ordnungsparteilichen Sprecher übereinstimmend heraustönten und der Sitzung ein bemerkenswerthes sozialpolitisches Relief gaben.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 18. März.

*— Dresden. Im Neustädter Hoftheater entstand heute Abend während der Vorstellung von „Zopf und Schwert" eine Panik, welche durch ein sich plötzlich entwickelndes Geräusch, verbunden mit starkem Luftzug, hervorgerufen wurde. Das Publikum, welches schon an Feuersgefahr glaubte, wurde jedoch bald dahin verständigt, daß das Geräusch durch den zu dieser Zeit plötzlich aufgetretenen starken Wirbelsturm entstanden war, und kehrte beruhigt auf die Plätze zurück.

* Berlin. Dem heutigen Festconcert in den Börsensälen anläßlich der Hundertjahrfeier, welches von den Aeltesten der Kaufmannschaft zum Besten des Invalidenfonds veranstaltet wurde, wohnten der Kaiser und die Kaiserin, Prinz Heinrich, das Prinzenpaar Albrecht mit drei Söhnen und viele andere Fürstlichkeiten bei. Der Kaiser trug die Uniform der Leibgardehusaren. Das auserlesene Programm wurde ausgeführt von den Chören der „Liedertafel", der philharmonischen und der Hochschulen, drei Orchestern und hervorragenden Solokräften der Hofoper. Die Majestäten verblieben bis zum Schluß. Die Außenfront des Börsengebäudes war glänzend illuminirt.

* Newyork. Die vier Ueberlebenden des Dampfers „Ville St.-Nazaire" waren so erschöpft, daß sie unfähig gewesen sind, die Leichen von vier Genossen in's Meer zu versenken. Sie erzählten, das Schiff bekam am ersten Tage, nachdem es Newyork verließ, ein Leck, welches, anfänglich ungefährlich, am folgenden Tage zunahm. Nachts zwang der Orkan dazu, das Schiff zu verlassen. Die Vermißten sind wahrscheinlich sämmtlich umgekommen, es sind der Kapitän, 9 Reisende, 68 Personen der Bemannung und Offiziere.

Berlin. Reichstag. Der Auslieferungsvertrag mit den Niederlanden wird in dritter Lesung genehmigt. — Ein schleuniger Antrag Lieber, den Reichskanzler zu ermächtigen, noch vor Feststellung des Etats die durch Zusammenlegung der vierten Halbbataillone erforderlichen Maßregeln zu treffen, wird nach kurzer Empfehlung durch den Staatssekretär v. Bötticher angenommen. — Es folgt der Marine-Etat. Die Berathung erstreckt sich zunächst auf die einmaligen Ausgaben, und zwar zunächst auf die des ordentlichen Etats, bei denen die Kommission die bekannten Absetzungen von zweiten und ferneren Raten und Streichung von ersten Raten für neue Schiffe vorgenommen hat. — Abg. Lieber (Centr.) als Referent weist auf das Aufsehen hin, welches sowohl die Höhe der Forderungen, wie auch die der Kommission plötzlich vorgelegten Denkschrift innerhalb und außerhalb des Hauses erregt hätten. Namentlich diese Denkschrift habe allgemeine Ueberraschung hervorgerufen. Die Denkschrift, die man anfänglich auch als solche kannte, habe auf den Flottengründungsplan von 1873 zurückgegriffen und behauptet, daß nach diesem Plane noch fünf Panzerschiffe und so und so viele andere Schiffe fehlten. Schon in der Kommission habe nun am 5. d. M. der Reichskanzler jener Nachweisung den Charakter als Denkschrift genommen und ihr einen informatorischen Charakter beigelegt. Redner geht auf die weiteren Verhandlungen in der Kommission ausführlich ein, wobei er auch betont, daß die Klassifizirung der Schiffe durch den Etat als so gesetzlich festgestellt und daher nicht einseitig von der Kommandogewalt abgeändert werden könne, worüber allerdings die Marine-Verwaltung anderer Ansicht sei. — Reichskanzler Fürst Hohenlohe: Die Anforderungen der Regierung an die Kriegsflotte hat zu lebhaften Erörterungen Anlaß gegeben. Beim Widerstreit der Meinungen will ich nochmals die allgemeinen Gesichtspunkte zusammenfassen, die Erörterungen der Einzelheiten Anderen überlassend. Die Nothwendigkeit einer solchen Kriegsflotte darf ja glücklicherweise heute als eine feststehende bezeichnet werden und ich bin hierin der Zustimmung der großen Mehrheit des Hauses sicher. Ich bezweifle, daß es heute noch ernsthafte Politiker geben könnte, welche wünschen, daß Deutschland im heutigen Sinne keine Flotte zu besitzen brauchte. Die deutsche Flotte ist das Ergebniß der politischen Entwickelung der deutschen Nation. Das neue Reich, geschaffen durch die Siege einer unvergleichlichen Armee und durch eine geniale Politik rückte vermöge seines Ansehens und seines Schwergewichts von selbst und ohne Weiteres dazu zu thun, in eine Stelle ein, die einmal erworben, ohne Gefährdung der vitalsten Interessen des Landes nicht aufgegeben werden kann. Daraus ergab sich die Nothwendigkeit, eine solche Flotte zu schaffen und zwar eine des großen Deutschlands würdige Flotte. Die Entfaltung von Macht und Ansehen ist eine Vorbedingung für die wirthschaftliche Entwickelung des Volkes, eine Vorbedingung dafür, ihm eine sichere Basis für eine ungestörte Entwickelung zu schaffen. Wesentlich von diesem Gesichtspunkte aus mußten nun die Etatsforderungen für die Marine betrachtet werden. Unsere Industrie hat seit dem Jahre 1871 und besonders seit der Zollgesetzgebung von 1879 einen außerordentlichen Aufschwung erfahren; der Export spielt jetzt für das wirthschaftliche Leben der Nation eine bedeutsame Rolle. Dieser Thatsache müssen wir Rechnung tragen, indem wir uns bemühen, den Export auf gütlichem Wege zu schützen, andererseits indem wir Vorsorge treffen, daß es Niemand als eine leichte Aufgabe betrachten kann, die freie Fahrt unserer Schiffe zu stören. Die Nothwendigkeit einer leistungsfähigen Flotte wird noch verstärkt durch die Gründung und den Erwerb unserer Kolonien. Der Begriff einer leistungsfähigen Flotte in diesem Sinne dürfte der Sache nach kein absolut feststehender sein, er wird sich verschieben nach Maßgabe der Fortschritte der Technik und nach Maßgabe des Anwachsens der Flotten anderer Reiche richten. Wir können uns nun der Ansicht nicht verschließen, daß unsere Flotte heute nicht stark genug ist, um gegebenenfalls diesen Aufgaben zu genügen. (Sehr wahr! Rechts.) Nun hat man aber Bedenken dagegen aus finanziellen Gründen. Gewiß, meine Herren, die Anforderungen, welche in finanzieller Hinsicht eine moderne Flotte stellt, sind sehr bedeutend. Ich richte jedoch an Sie die dringende Bitte, diesem Gedanken gegenüber den Etatforderungen nicht Raum zu geben, denn wir befinden uns in der Nothwendigkeit und werden uns noch längere Zeit in ihr befinden, zu jeder Zeit, zu Lande und zu Wasser kampfbereit zu sein. (Zustimmung rechts.) Es fragt sich nur, gehen die Forderungen der Regierung über die finanziellen Verhältnisse hinaus, hat sich die gebotene Rücksicht auf die Finanzen bei ihren Forderungen bewährt? Ich glaube, die günstige Lage, wie sie sich nach dem jetzigen Etat darstellt, berechtigt mich, diese letztere Frage absolut zu bejahen. (Sehr richtig! rechts.) Es ist ein unbestrittenes Recht des Reichstags, die Sparsamkeit in finanzieller Hinsicht walten zu lassen, aber ich möchte davor warnen, diese Sparsamkeit gegenüber den berechtigten Forderungen für die Marine zu weit zu treiben, denn nichts könnte uns im Ernstfalle kostspieliger werden, als eine zu schwache Flotte. (Sehr richtig! rechts.) Wir brauchen eine Flotte, die unsere Küsten zu schützen im Stande ist und die auch auf hoher See dem Feinde die Spitze bieten kann. Das ist das Ziel, welches wir erstreben. Je schneller wir es erreichen, desto größer wird das Gewicht sein, welches wir zur dauernden Erhaltung des Friedens in die Wagschaale werfen können. (Beifall rechts). — Staatssekretär v. Marschall: Die Nothwendigkeit der einzelnen Positionen hat man ernstlich gar nicht bestritten, man hat nur finanzielle Bedenken geltend gemacht und außerdem fürchtete man weitere Forderungen. Draußen im Lande wogte vielfach ein Streit von so persönlicher Bitterkeit, als ob es sich hier nicht um eine gemeinsame Angelegenheit handle; nützlich ist das gewiß nicht. Für eine Erwägung hoffe ich auf Ihr Einverständniß, daß es nämlich zwischen uferlosen Plänen der Zukunft und einer Vernachlässigung der Marine eine breite Mittelstraße giebt. Diese Mittelstraße hat, wie ich glaube, die Kommission nicht inne gehalten. Man hat von Weltpolitik gesprochen. Aber da halte ich es mit dem alten Sprichwort: „Bange machen gilt nicht." (Heiterkeit.) Man hat es in der Presse so dargestellt, als ob wir Alle mit Weib und Kind in die Fremde hinaus müßten. Wir wollen Anderen nicht zu nahe treten, aber wir wollen, daß das Deutsche Reich und die deutschen Interessen geschützt werden gegen fremde Unbill, und daß deshalb unser Schwert scharf und schneidig sein muß zu Wasser und zu Lande. Bei den Beschlüssen der Kommission ist das auswärtige Amt der Leidtragende. Wenn man von Weltpolitik spricht, so fragt es sich doch vor Allem, ob wir solche Interessen haben. Die Antwort hierauf steht wohl außer Zweifel, und der Gedanke darf nicht aufkommen, als ob wir zur Wahrung dieser Interessen zu schwach und zu elend seien. Wir haben in dieser Beziehung Pflichten, und in diesem Sinne müssen wir Weltpolitik treiben. (Beifall.) Eine Gefahr, daß wir dabei auf abschüssige Bahnen gelangen, besteht nicht. Berechtigt ist der Wunsch, daß unser Aufwand für überseeische Interessen im Einklange stehe mit unseren sonstigen Ausgaben. Ich begreife auch, daß Sie die Gesammtlasten berücksichtigen wollen, welche das Volk tragen soll; aber wo hat jemals die Regierung Anlaß zu der Annahme gegeben, daß sie die in dieser Beziehung gezogenen Grenzen überschreiten wolle? Bei den vorliegenden Forderungen handelt es sich doch im Wesentlichen nicht um neue Schiffe, sondern nur um Ersatz. Redner betont sodann, was werden solle, wenn wir für Aktionen in Amerika, Marocco und Ostasien gleichzeitig Schiffe brauchten, wie man sich mit Recht gewundert habe über unsere geringe Machtentfaltung auf den Marschallinseln und Samoa. Abgesehen aber von der Kolonialpolitik, habe sich aber doch unser Handel seit 1873 und unsere Ausfuhr um Hunderte von Millionen Mark gesteigert; der Schutz unserer überseeischen Interessen erheische eine ganz andere Stellungnahme als früher. Auch ist es wichtig, daß unsere Auswanderung in Bahnen gelenkt werde, wo der Deutsche der Heimath erhalten bleibt; auch dadurch wächst das Bedürfniß an Schutz. Mit diesem gewachsenen Bedürfniß haben unsere Schutzmittel nicht Schritt gehalten. Es ist das ein unhaltbares Mißverhältniß. Wenn Sie den Beschluß der Kommission annehmen, so reißen Sie Lücken, welche sich unmöglich später ausfüllen lassen. Der auswärtige Dienst kann nicht pausiren und die Abnützung der Schiffe macht auch keine Pause. Ueberall, wo ein berechtigter Hilferuf Deutscher erschallt, muß Hilfe werden; der Deutsche im Auslande hat dieses

Meine Frau sagt: **Triumph-Seife** ist doch die — beste — für Wäsche und Haushalt